

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Gambke, Britta Haßelmann, Lisa Paus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/2333 –**

Den Deutschen Bundestag bei der Reform der Umsatzsteuer beteiligen

A. Problem

Das System der Umsatzbesteuerung wird insbesondere in der Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes als nicht mehr sachgerecht empfunden und muss einer Strukturreform unterzogen werden.

B. Lösung

Mit dem Antrag wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, den Deutschen Bundestag und insbesondere den Finanzausschuss aktiv an der Reform der Umsatzbesteuerung zu beteiligen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden in dem Antrag nicht beziffert.

E. Bürokratiekosten

Angaben zur Einführung, Vereinfachung und Abschaffung von Informationspflichten für Unternehmen, Bürger und Verwaltung werden nicht mitgeteilt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/2333 abzulehnen.

Berlin, den 7. Juli 2010

Der Finanzausschuss

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender

Manfred Kolbe
Berichterstatter

Dr. Thomas Gambke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Manfred Kolbe und Dr. Thomas Gambke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/2333** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in seiner 51. Sitzung am 1. Juli 2010 ohne Debatte beraten und im vereinfachten Verfahren dem Finanzausschuss zur alleinigen Beratung überwiesen. Der Finanzausschuss hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 7. Juli 2010 abschließend behandelt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag nimmt Bezug auf

- die in der letzten Legislaturperiode von der Bundesregierung an die Universität des Saarlands vergebene Studie „Analyse und Bewertung der Regel- und ermäßigten Sätze bei der Umsatzbesteuerung unter sozial-, wirtschafts-, steuer- und haushaltspolitischen Gesichtspunkten“, deren Ergebnis im Sommer 2010 zu erwarten sei,
- die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009 verabredete Einsetzung einer Kommission zur Reform der ermäßigten Umsatzsteuersätze, die ohne Vorfestlegung arbeiten und alle Bereiche des ermäßigten Umsatzsteuersatzes einbeziehen soll sowie für die Zeit nach Vorlage des Gutachtens geplant sei,
- die Planung der Bundesregierung, vor Abschluss der Arbeit der Kommission keine Maßnahmen im Bereich des ermäßigten Umsatzsteuersatzes anzustreben sowie
- die Aussage des Bundesministers der Finanzen, die Reform der Umsatzbesteuerung werde die gesamte Legislaturperiode in Anspruch nehmen

und fordert die Bundesregierung auf,

- die Studie den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und insbesondere des Finanzausschusses zur Verfügung zu stellen,
- die Mitglieder des Finanzausschusses bei der Einsetzung der Kommission mit einzubeziehen,
- die Mitglieder des Finanzausschusses regelmäßig eingehend über den aktuellen Sachstand zu informieren sowie
- die Umsatzsteuer-Strukturreform zügig anzugehen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Finanzausschuss** beschließt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen

der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** betonen, grundsätzlich werde Handlungsbedarf zur Reform des Systems der Umsatzbesteuerung gesehen. Für das Vorgehen hierzu sei jedoch auf die mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009 vereinbarte Bildung einer Regierungskommission verwiesen. Zunächst müsse aber auch von Seiten der Parlamentarier die in Auftrag gegebene Studie „Analyse und Bewertung der Regel- und ermäßigten Sätze bei der Umsatzbesteuerung unter sozial-, wirtschafts-, steuer- und haushaltspolitischen Gesichtspunkten“ abgewartet werden. Erst daraus könne konkreter Handlungsbedarf abgeleitet werden. Dem werde dann im Einzelnen mit Gründung einer Regierungskommission nachgegangen. Davon losgelöste Beratungen würden als nicht zielführend abgelehnt.

Die Fraktion der FDP forderte zudem die Oppositionsfraktionen auf, Vorschläge zu unterbreiten, welche Produktgruppen aus dem Katalog der verminderten Umsatzbesteuerung zu streichen seien.

Die **Fraktion der SPD** unterstützte die Forderungen des Antrags an die Bundesregierung als Selbstverständlichkeiten im Rahmen einer grundlegenden Reform des Systems der Umsatzbesteuerung. Dem Parlament im Allgemeinen sowie bezüglich dieser Thematik insbesondere dem Finanzausschuss stehe das Recht auf Information zu. Der Antrag, die Studie dem Finanzausschuss vorzulegen, sie dort zu diskutieren und im Weiteren regelmäßig über den Fortgang der Beratungen in der Regierungskommission zu berichten, stelle eine Selbstverständlichkeit und eine Minimalforderung für den Umgang mit den Oppositionsfraktionen dar.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte die Schwierigkeit, das System der Umsatzbesteuerung einer grundlegenden Reform zu unterziehen. Umso wichtiger sei daher die aktive Einbindung des Parlaments in die Diskussion und die Entscheidungsprozesse ab Beginn der Beratungen. Der Finanzausschuss müsse die Gelegenheit haben, aktiv an der Arbeit der geplanten Regierungskommission teilzunehmen. Beratungen hinter verschlossenen Türen und die anschließende Konfrontation der Oppositionsfraktionen mit Ergebnissen seien nicht zielführend. So wäre weder in der Bevölkerung noch von den Oppositionsfraktionen die dringend notwendige breite Unterstützung zu erreichen. Für die Mehrwertsteuer als wichtiges Finanzierungsinstrument öffentlicher Haushalte sei dies jedoch von zentraler Bedeutung.

Berlin, den 7. Juli 2010

Manfred Kolbe
Berichtersteller

Dr. Thomas Gambke
Berichtersteller

